

Kasseler Erklärung 2023

Für ein funktionierendes, demokratisches Gemeinwesen!



Rund 120 Delegierte aller ver.di Landesbezirke aus der Sozialen Arbeit aus Kindertageseinrichtungen, Jugendämtern, Schulen, Behindertenhilfe, Hilfen zur Erziehung und vielen anderen Arbeitsfeldern haben auf der 17. Kasseler Konferenz der Gewerkschaft ver.di die aktuellen Herausforderungen in den verschiedenen Arbeitsbereichen erörtert. Betriebs-, tarif-, fach- und gesellschaftspolitische Notwendigkeiten wurden diskutiert und Perspektiven entwickelt.

Unzureichende Personalbemessung, der wachsende eklatante Fachkräftemangel und schlechte Arbeitsbedingungen machen es in allen Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit fast unmöglich, fachlich angemessen zu arbeiten. Dafür wollen wir nicht länger die Verantwortung übernehmen. Finanzielle Kürzungen wie z. B. im Kinder- und Jugendhilfeplan des Bundes sind zusätzliche substanzielle Verschlechterungen. Auf diese Weise wird uns professionelles Handeln im Sinne unseres Selbstverständnisses¹ unmöglich gemacht. Unter diesen unzureichenden Bedingungen können wir unsere Adressat*innen² nur noch verwalten anstatt sie individuell zu begleiten. Immer häufiger kommt es dazu, dass Hilfeangebote gekürzt werden. Prävention, Erziehung, Bildung, Begleitung und Förderung lässt sich so nicht mehr leisten. Das wird gravierende Auswirkungen auf den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und auf unsere Demokratie haben.

Dazu sagen wir: NEIN!

Denn wir wollen qualitativ gute Soziale Arbeit für und mit den Adressat*innen erbringen und damit zur Stärkung unserer Demokratie beitragen. Daher nutzen wir jede Möglichkeit, für die Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen und damit für die professionelle Begleitung der Adressat*innen in unseren Einrichtungen einzutreten.

Betriebspolitisch: Wir zeigen unseren Arbeitgeber*innen deutlich, dass unsere fachliche Arbeit an ihre Grenzen stößt und dass wir weder bereit sind fachliche Standards aufzugeben, noch auf Kosten unserer Gesundheit zu arbeiten. Dazu nutzen wir Instrumente, wie Gefährdungsanzeigen, Notfallpläne und Gefährdungsbeurteilungen.

Wir sagen NEIN zur Gefährdung der Adressat*innen und Beschäftigten!

Tarifpolitisch: Wir nehmen unsere Arbeitgeber*innen in die Pflicht die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Gemeinsam mit aktiven Kolleg*innen kämpfen wir dafür, dass unsere mit ver.di erzielten Erfolge aus der letzten SuE-Tarifrunde (Regenerationstage, Zulagen, etc.) auch in anderen Tarifverträgen übernommen werden. Wir nutzen die laufende Tarifrunde der Länder sowie alle weiteren Tarifrunden, um unsere Forderungen nach Aufwertung und Verbesserung unserer Arbeitssituation deutlich zu machen.

Wir sagen JA zu qualitativ guter Sozialer Arbeit, die ihrem wichtigen gesellschaftlichen Auftrag gerecht wird.

Fachpolitisch: Wir streiten mit in den aktuellen Debatten um gesetzliche Rahmungen, mischen uns bei der Finanzierung der Sozialen Arbeit ein und unterstreichen unsere Bedeutung für eine funktionierende Demokratie.

Wir sagen JA zu der Strategie, die Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit zu stabilisieren, so dass es wieder möglich wird, die Menschen zu unterstützen. Dafür müssen Bund, Länder und Kommunen gemeinsam einen Stufenplan entwickeln und das Angebot, die Rahmenbedingungen, das Ausbildungs- und Bildungssystem sowie die Entwicklung des Personals gemeinsam voranbringen.

Wir sagen NEIN zur De-Professionalisierung der Sozialen Arbeit!

Die Versuche ausgebildete Fachkräfte zu ersetzen, lehnen wir ab. Wir setzen uns ein für soziale Betriebe, in denen arbeitsteilig durch Kolleg*innen mit spezifischen Berufsabschlüssen gearbeitet wird. Wir fordern eine Qualifizierungsoffensive für die sozialen Berufe, bezahlte Ausbildung und gute Studienbedingungen.

Wir sagen JA zur Aufwertung und Anerkennung der Sozialen Arbeit!

ver.di – die Gewerkschaft für die Soziale Arbeit

Berlin, den 18. November 2023

¹https://oeffentliche-private-dienste.verdi.de/++file++643be2346ec35ea287b2637b/download/2022_BFGV_verdi_Soziale-Arbeit-Selbstversta%CC%88ndnis.pdf

² Kinder, Jugendliche, Familien; Menschen, welche unter den Bedingungen von Behinderung leben, Menschen in prekären Lebensverhältnissen und Krisensituationen, ...